

Hegemonie und öffentlicher Raum: Die Demokratisierung der Stadt als ironischer Materialismus

Von Rainer Stummer

Angesichts der voranschreitenden Klimakrise und der sich häufenden Extremwetterereignisse, die nunmehr auch vermehrt im globalen Norden – wo man sich bisher vor derlei Gefahren sicher wähnte – auftreten, finden zwei Bewegungen am Grund der Gesellschaft statt. Einerseits zeigt sich eine Verflüssigung des Grundes von Gesellschaft selbst; des materiellen Bodens auf dem wir stehen, leben, wirtschaften, demonstrieren. „The floor is lava“ (vgl. Zafra 2023) wandelt sich vom metaphorischen Kinderspiel zur Zustandsbeschreibung gegenwärtigen (insbesondere urbanen) Daseins; die materiellen Grundlagen menschlicher Zivilisation, wie etwa konstante klimatische Verhältnisse und vorhersagbares Wetter, stabiler Boden unter den Füßen, werden mit Gewissheit zunehmend ungewisser. Andererseits bringt diese Erfahrung neue politische Akteure u.a. in Form der – durchaus heterogenen – Klimabewegung hervor, welche die bisherige gesellschaftliche Sedimentierungslage aufwirbeln und sozusagen auf Grundlage von „contingent foundations“ (Butler 1994), „shifting ground“ (Abu-Lughod 2014, 388), „shaky ground“ (Roskamm 2021) operieren¹, von wo aus sie die hegemoniale Setzung des Politischen und dessen Infrastrukturen infrage stellen.

Diese beiden Bewegungen, so die These der vorliegenden Arbeit, sind konstitutiv miteinander verschränkt; sind nicht getrennt voneinander analysierbar. Unterschiedliche Untergründe verlangen nach unterschiedlichen Stabilisierungsversuchen – der von Bewegungsakteuren geführte Diskurs ist nur schwer nachvollziehbar, ohne deren spezifische Position, sowie die materielle Beschaffenheit ihres Untergrundes, zu kennen. Ich werde daher im Folgenden versuchen den Diskurs eines Bewegungsakteurs – namentlich der Bürger*innen- Initiative „Platz für Wien“, welche von November 2019 bis Juni 2022 aktiv war – auf nuancierte Art und Weise mit materiellen Aspekten seiner Erscheinung zu verknüpfen. Hierzu soll cursorisch auf von der Initiative erzeugtes Bildmaterial zurückgegriffen werden und mithilfe aktueller Theoriediskurse – insbesondere jenem zur politischen Präfiguration (vgl. Sörensen 2018, 2023) – zu einer Analyse angesetzt werden, die eine postfundamentalistische, materiell-diskursive Verknüpfung wagt.

¹ Ob der Grund sich nun verschiebt/verwirft, oder erzittert/wackelt – diese Zustandsbeschreibungen sind Varianten der postfundamentalistischen Einsicht davon, dass keine absoluten oder letzten Gründe erreichbar sind, die der Gesellschaft ein stabiles Fundament bieten könnten.

Hierzu wird in einem ersten Schritt eine kurze Grundlage des postfundamentalistischen Forschungsprogramms gelegt und erläutert werden, inwieweit mein Ansatz zwar deutlich in dieser Tradition verortet ist, allerdings in einem Schlüsselaspekt – der Materialität – versucht dessen Grenzen aufzuweiten. Dieses Anliegen ist weder gänzlich neu, noch wäre der Postfundamentalismus per se jemals dagegen versperrt gewesen. Tatsächlich befassen sich einige durchaus kanonische Positionen aufgrund des im postfundamentalistischen Denken ubiquitären Machtverständnisses mit der Frage nach Materialität – etwa in Form von Körperlichkeit (vgl. Butler 1993, 2018), oder dem gebauten städtischen Raum (vgl. Foucault 2020). Die zu vollziehende Aufgabe dieses zweiten Teils wird allerdings darin liegen, einen für materielle Einflüsse sensiblen Hegemoniebegriff zu entwerfen und zu operationalisieren, auf dessen Grundlage die Hinwendung zu unserem Fallbeispiel geschehen kann, welche im dritten Abschnitt dieser Arbeit stattfinden wird. In einem abschließenden Fazit möchte ich für eine materielle Fundierung der Diskursanalyse plädieren.

Zum postfundamentalistischen Forschungsprogramm²: Diskurs, Hegemonie und Alltag

Zur diskursiven Produktion von Gesellschaft

Die zentrale Prämisse im Theoriegebäude des Postfundamentalismus ist jene der Grundlosigkeit von Gesellschaft. Der kanonisch-politikgeschichtliche Referenzpunkt dieser Prämisse liegt im Ereignis der französischen Revolution, der demokratischen Erfindung, welche in einem vielzitierten Aufsatz von Claude Lefort als Transformation des Ortes der Macht zu einer Leerstelle beschrieben wird (vgl. Lefort 1990, 293). Die Enthauptung des Königs; das Durchtrennen des Bandes zwischen irdischer Herrschaft und Gottes Gnade als „Entkörperung der Macht [geht] mit einer Entflechtung der Macht-, Rechts- und Erkenntnisphären einher.“ (Lefort 1990, 293) Macht, so könnte man etwas makaber festhalten, fließt vom Schafott in alle Richtungen der Gesellschaft aus. Gleichzeitig stellt sich durch den Entfall einer transzendenten Herrschaftsbegründung die Frage, worin nun Herrschaft, mithin worin Gesellschaft denn nun gründet. Die Antwort, welche die postfundamentalistische Theorieströmung zu geben bereit ist, lautet: nirgends außerhalb ihrer Selbst. Demnach sind

² Wenngleich Hagemann et al. den Begriff des Poststrukturalismus aufgrund dessen stärkerer Präsenz im deutschsprachigen Diskurs gegenüber jenem des Postfundamentalismus vorziehen (vgl. Hagemann, Leinius, und Vey 2019, 21), so lege ich mich doch in entgegengesetzter Richtung fest. Ich trage einerseits nicht die Bürde ein Handbuch herauszugeben, das möglichst breit verständlich sein soll, was mir andererseits die Freiheit gibt, meine theoretischen Einflüsse klarer offen zu legen. Aus diesem Grund verwende ich den Begriff des Postfundamentalismus, der vor allem im Œuvre Oliver Marcharts, auf welches ich ausführlich rekurrieren werde, ausgearbeitet wird.

keine sozio-transzendenten, letzten Gründe wie ein göttlicher Wille, Naturgesetze oder vermeintliche anthropologische Konstanten als gesellschaftliches Ordnungsprinzip verfügbar. Die Gesellschaft bleibt auf sich selbst rückverwiesen und hat sich in Anbetracht der „Abwesenheit eines letzten Grundes [mit der] konflikthafte[n] Aushandlung vorletzter Gründe“ (Marchart 2013a, 360) zu befassen. Mit einem Konflikt am Ursprung der Gesellschaft; einem Dissens, dessen polarisierende Wirkung zugleich sozusagen eine Zentripetalkraft entfaltet, wodurch in Summe der gesellschaftliche „Zusammen-Spalt“ (Robnik 2022, 244) entsteht, kommt die zweite zentrale Prämisse des Postfundamentalismus ins Spiel: die Kontingenz. Kontingenz hat im postfundamentalistischen Denken zwei besondere Deutungsfärbungen erhalten. Zum einen, so wird stets betont, ist sie mit Konflikt gleichursprünglich (vgl. Herrmann und Flatscher 2020; Landau, Pohl, und Roskamm 2021; Marchart 2010; Roskamm 2017), da überall dort, wo Konflikte herrschen, weder von vorn herein über deren Verlauf Auskunft gegeben werden kann, noch handle es sich um Konflikte, die je beilegbar wären. Zum anderen erscheint sie als radikale, als notwendige Kontingenz. Der radikale Kontingenzbegriff, so Marchart, bedeutet, „[...] dass das modale Merkmal, weder unmöglich noch notwendig zu sein, selbst notwendigerweise auf alle Umstände zutrifft. Was damit ausgeschlossen wird, ist die Möglichkeit irgendeiner sozialen Entität, die nicht kontingent wäre.“ (Marchart 2010, 78) Dies hängt mit dem Umstand zusammen, dass das Austragen von Konflikten, die Hervorbringung der konfligierenden Subjekte, der Zusammenspalt der Gesellschaft *diskursiv*, durch Signifikation, erfolgt. Die Notwendigkeit der Kontingenz aller sozialen Zustände erklärt sich demnach aus einer sprachwissenschaftlichen Erkenntnis, wonach das System der Signifikation bzw. der Sprache *relational* funktioniert und darüber hinaus keinen archimedischen Nullpunkt kennt und sich deshalb Bedeutung nie letztgültig fixieren lässt (vgl. Glasze und Matissek 2021; Hagemann, Leinius, und Vey 2019; Laclau und Mouffe 2014; Marchart 2010, 78f). Aus der Unmöglichkeit des Einfrierens des Signifikationsflusses folgt die Unmöglichkeit der letztgültigen Fixierung des Sozialen. An dieser Stelle lässt sich bereits ein kursorisches politisches Programm des Postfundamentalismus formulieren: Es könnte immer auch anders sein; das neoliberale Paradigma „There Is No Alternative“ entpuppt sich als (sozialwissenschaftlich) unhaltbar. Und doch scheint es zu halten – wie ist das möglich? Hier fragen wir unversehens nach der Festigkeit der bereits erwähnten vorletzten Gründe, der *politisch durchgesetzten*, kontingenten Fundamente im Plural. Denn, „[w]enn soziale Realität als permanente Sinn(re)fixierung verstanden wird, bedeutet dies, dass gleichzeitig permanent alternative Möglichkeiten der Sinnfixierung ausgegrenzt werden (müssen).“ (Hagemann,

Leinius, und Vey 2019, 26) Oder anders gesagt: „It is only if nothing is seen to be determined in advance, that hegemony can emerge as a central category of analysis.“ (Norval 2005, 86)

Zur Macht in der Zivilgesellschaft

Wenn heute von Hegemonie gesprochen wird, so ist das kaum ohne Rekurs auf Antonio Gramsci möglich. Gramsci entwarf seinen Hegemoniebegriff in den Nachwehen der in Westeuropa gescheiterten kommunistischen Revolution, um die Frage bearbeiten zu können, woran sie hier gescheitert war. Seine Erklärungsstrategie bestand dabei in einer Dezentrierung des Staats, dessen Apparat sich im Westen als wesentlich stabiler herausgestellt hat, als im Russland der 1910er-Jahre. Der Grund dafür, so Gramsci, lag in der Rolle der Zivilgesellschaft, die im Westen deutlich stärker ausgeprägt und organisiert war. So wendet Gramsci den traditionell den *internationalen* Beziehungen angestammten Hegemoniebegriff nach innen, auf die sozialen Verhältnisse innerhalb einer Nation. In seiner berühmten Formel – „Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ (Gramsci 1991, 783) – wird dem Staat sozusagen subtrahierend die Zivilgesellschaft hinzugefügt, die zuvor (und teils noch immer) keinen analytischen Stellenwert beigemessen bekam. Damit einhergehend wird auch der staatlichen Wirkweise – der Zwangsausübung – eine zweite politische Kraft beigelegt – die Hegemonie, welche als im weitesten Sinn kulturell hergestellte, freiwillige Zustimmung funktioniert und sich im Feld der Zivilgesellschaft entfaltet. In einer seinen zeithistorischen Umständen entsprechenden, sehr plastischen Metapher beschreibt Gramsci dabei die Verschränkung von Staat und Zivilgesellschaft als „vorgeschoberer Schützengraben [=Staat], hinter welchem sich eine robuste Kette von Festungen und Kasematten befand“ (Gramsci 1991, 874). Diese robusten Infrastrukturen sind nach Gramsci also der Zivilgesellschaft angehörig; bestehen aus ihren Institutionen wie Schulen und Universitäten, Vereinen, Parteien, Gewerkschaften und Museen (vgl. Marchart 2008, 19f), aber umfassen auch die Gestaltung des öffentlichen Raums, das heißt sie reichen „[...] bis hin zur Architektur, zur Anlage der Straßen und zu den Namen derselben [...]“ (Gramsci 1991, 373). In Gramscis „integralen Staat“ (vgl. ebd., 718) sind also Staat und Zivilgesellschaft untrennbar miteinander verschränkt und Macht fließt durch die gesamte Zivilgesellschaft. Eine angestrebte Herrschaftsübernahme – und daran scheiterte die Revolution – gelingt also nicht allein durch die Übernahme der staatlichen Zwangsapparate, sondern muss sich vor allem auf der Ebene der Kultur, oder wie Gramsci schreibt, im Alltagsverstand durchsetzen, da dort die Legitimität jeder Herrschaft erst hergestellt werden muss. Geht die Legitimität von Herrschaft in der Zivilbevölkerung verloren (oder wird diese gar nie als legitim betrachtet), so gerät der Staat – der seine Funktionsträger*innen aus der Zivilgesellschaft rekrutiert – ins Wanken. Das

entscheidende Terrain jeder Auseinandersetzung um staatliche Herrschaft ist daher – die mit ihr innig verschränkte – Sphäre der Zivilgesellschaft und der dort durch Schule, Vereine, Museen und Raumordnung etc. anerzogene Alltagsverstand.

Oliver Marchart weist uns nun mit seiner Studie über Hegemonie im Kunstfeld eine Richtung in der Analyse von hegemonialen Auseinandersetzungen, die explizit auf materielle, infrastrukturelle Verdichtungen des Sozialen gerichtet ist – namentlich auf Institutionen wie Kunstbiennalen – und damit dazu ansetzt die oftmals lamentierte Blindheit poststrukturalistischer und diskursanalytischer Ansätze gegenüber nicht-sprachlichen oder materiellen Aspekten des Sozialen zu überwinden (vgl. Marchart 2008; zur Frage der Materialität in der Diskursanalyse vgl. auch Martell 2019; Wiertz 2021). Auf typisch postfundamentalistische Art und Weise betitelt er Gramscis Hegemonietheorie als „ironischen Materialismus“ (Marchart 2008, 10) und hebt den notwendig ironischen Aspekt der Hegemonie hervor³. Diese bezeichne „[...] eine instabile Balance zwischen gesellschaftlichen Kräften, die um Vorherrschaft ringen. Dieses instabile Kräftegleichgewicht – in dem es immer dominierende und subordinierte Kräfte gibt – wird durch das Netzwerk der zivilgesellschaftlichen Institutionen im Sinne einer Seite gefestigt.“ (ebd.) Mit Gramsci würde man sagen: In der Politik „ist die Belagerung wechselseitig“ (Gramsci 1991, 816) Doch gerade aufgrund dieses wechselseitigen, sowie allzeitigen Belagerungszustands lässt es sich nicht vermeiden, dass im Lauf der Zeit die Veränderung eines Grenzverlaufs (i.e. eines Machtverhältnisses) dazu führt, dass nicht nur Gebiet abzutreten ist, sondern auch die darauf errichteten Verteidigungsanlagen so ihre Inhaber wechseln. Marchart schreibt: „Die objektive Ironie der Hegemonie besteht darin, dass die eigenen Befestigungsanlagen, sobald sich die Front – also das Kräftegleichgewicht – verschiebt, in die Hände des Gegners fallen können und nun zum Ausbau der gegnerischen Hegemonie dienen können.“ (Marchart 2008, 10, vgl. auch 2010, 291) Aus diesem Grund wäre aus hegemonietheoretischer Sicht auch „[...] kein noch so kleiner oder vorübergehender gegenhegemonialer Geländegewinn umsonst. Er verursacht den Dominanzdiskursen immer Arbeit an ihrer eigenen Hegemonie, zwingt sie zur Redefinition, um diese Hegemonie zu halten und sie gegen weitere Angriffe abzudichten. (Marchart 2008, 12) Die Frage nach der Hegemonie verschränkt sich so unlösbar mit den Infrastrukturen ihrer Befestigung.

³ Unter Bezugnahme auf den australischen Soziologen Stephen Crook, auf welchen die Verwendung des Begriffs „post-foundational“ in den Sozialwissenschaften zurückzuführen ist, weisen Landau et al. auf die Ironie des Postfundamentalismus hin, der auch vor seinen Vertreter*innen nicht Halt macht: Als postfundamentalistische*r Theoretiker*in müsse man in einem ironischen Verhältnis zu sich selbst stehen, da man sich ständig dessen bewusst sein müsse, dass sämtliche Bedingungen, unter denen man agiert, sich laufend verändern (vgl. Landau, Pohl, und Roskamm 2021, 13).

Zur alltäglichen Materialität von Macht und Diskurs

Nachdem wir also Hegemonie als permanenten, unabschließbaren Kampf um diskursive Sinn(re)fixierung bestimmt, und ihm mit der Sphäre der Zivilgesellschaft einen überzeugenden Austragungsort für diesen Kampf zugewiesen haben, müssen wir den Schluss ziehen, dass die Sphäre der Zivilgesellschaft selbst, sowie die bereits genannten, ihr zugehörigen Institutionen bis hin zu den Straßen im öffentlichen Raum und den darauf stattfindenden Alltagssituationen durch und durch von Machtrelationen überformt sind. Wenn wir von Hegemonie als diskursiver Formation oder umgekehrt von hegemonialen Verdichtungen im Diskurs sprechen, so beschreiben wir also nichts rein Sprachliches, sondern müssen ebenso nicht-sprachliche Praxis, organisatorische, oder infrastrukturelle Verdichtungen betrachten, und im Auge behalten in wessen Verteidigungskomplex sie eingebunden sind. Darum werden wir an diesem Punkt des Arguments zur Kenntnis nehmen müssen, dass auch räumliche und materielle Fixierungen – ebenso wie menschliche Subjektpositionen – keine prä-diskursive Identität aufweisen (zur Argumentation gegen eine vordiskursive Identität von Materie vgl. auch Butler 1993; Laclau und Mouffe 1990). Durch die postfundamentalistische Theoriebildung sind also zwei (forschungs-)strategische Innovationen für uns gewonnen: zum einen hat durch die Entgründung der Gesellschaft ein politisierendes, sowie handlungsmotivierendes Moment in das Denken und Erforschen des Politischen Einzug gehalten, das ein verstärktes Augenmerk auf die außerhalb des politischen Systems im engeren Sinn liegenden, sozialen Aspekte legen lässt, welche ansonsten als vor-politisch oder alltäglich omittiert worden wären. Zum anderen ist durch die an der Sprachwissenschaft und den Erkenntnissen des Poststrukturalismus geschulten Dezentrierung des Sozialen ein Kontingenzdenken ermöglicht worden, das sich gerade nicht länger auf rein sprachliche Äußerungen beschränken lässt und dadurch die Verschränkung der Konstitution des Sozialen mit der Konstitution von Räumlichkeit oder Materialität erlaubt. Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, welche u.a. Gramscis Hegemonietheorie zu einer der wichtigsten Entwürfe postfundamentalistischer politischer Theorie weiterentwickelten, halten programmatisch fest: „the distinction between linguistic and non-linguistic elements does not overlap with the distinction between 'meaningful' and 'not meaningful'. (Laclau und Mouffe 1990, 102) Darauf aufbauend kann gesagt werden, dass die postfundamentalistische Diskursforschung

[...] den Blick für die Zusammenhänge zwischen Räumlichkeit und Macht [schärft]. Denn wenn man konzeptionell anerkennt, dass zum einen Räume nicht einfach gegeben sind, sondern immer wieder neu konstituiert werden, und zum anderen die Verfasstheit von Räumen ein wichtiges Element der Herstellung sozialer Wirklichkeit ist, dann ist die Konstitution bestimmter Räume eng verknüpft

mit der hegemonialen Durchsetzung bestimmter sozialer Wirklichkeiten. (Glasze und Mattissek 2021, 14–15)

Wenn wir also im Folgenden dazu ansetzen werden, im Sinne der postfundamentalistischen Bewegungsforschung eine Analyse von „Platz für Wien“ vorzunehmen, so werden wir darum bemüht sein die Ebene des sprachlichen Diskurses (die aufgestellten Forderungen) mit der Ebene der Performativität (den Körpern im Moment einer Versammlung) und der Ebene der Materialität (des Versammlungsortes) zueinander in Beziehung zu setzen und eine „holistische Diskursanalyse“ (Martell 2019, 101) anstreben.⁴ Gerade letzterer Ebene wird in diskursanalytischen Arbeiten oftmals wenig Beachtung geschenkt, was jedoch insbesondere bei der Auseinandersetzung mit ortgebundenen Akteuren zu einem erheblichen Nachteil führen kann, denn die Praxis von Bewegungsakteur*innen wird nicht nur von der Materialität des Sozialen beeinflusst, in diesem Fall wird sie auch aktiv appropriiert und eingebunden:

Im Falle sozialer Bewegungen hat die Materialität des Sozialen maßgeblichen Einfluss auf die jeweiligen sozialen Dynamiken: Die Körper von Aktivist*innen sind oftmals entscheidendes Protestmittel. Artefakte, wie Protestsymbole, die *Architektur des Protestortes* oder Hilfsmittel zur Organisation des Protests ermöglichen und prägen die Praxis einer sozialen Bewegung. (Hagemann, Leinius, und Vey 2019, 22–23, Hervorhebung: RS)

Dies scheint mir insbesondere bei der Auseinandersetzung mit einem Bewegungsakteur wie „Platz für Wien“ – der im weitesten Sinne die Transformation urbanen gebauten Raums einfordert – geboten, da aus meiner Sicht nur eine postfundamentalistische Bewegungs- und Raumforschung dazu in der Lage ist, nicht nur „[...] den greifbaren Unterschied, den Gebäude [und Straßen] im Sozialen hinterlassen, als historisch kontingent zu dechiffrieren, [sondern zusätzlich] das Statische, das gebauten Strukturen per se anzuhaften scheint, »in Bewegung« zu versetzen.“ (Steets 2015, 44) Ein Forschungsdesign, das ohne diese mobilisierende Fähigkeit auszukommen versuchte, würde damit im Moment der Analyse eines „Forschungsobjekts“ wie „Platz für Wien“ dessen Anliegen konterkarieren und sich auf Seiten des hegemonialen Status Quo positionieren, gegen den ortsge- bzw. verbundene „Recht auf Stadt-“, oder Klimainitiativen wie „Platz für Wien“ antreten.

Mit dem Begriff des ironischen Materialismus weist uns Marchart also darauf hin die „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses“ (Marchart 2020, 177) in den Blick zu nehmen, die als Institution aus dem Stellungskrieg um Hegemonie hervorgeht und dabei sozusagen die Materialisierung einer Momentaufnahme darstellt. Wir werden also im Zuge

⁴ Für weitere postfundamentalistische bzw. poststrukturalistische Diskursanalysen, welche sich an der auf Laclau und Mouffe aufbauenden „Essex School“ orientieren, siehe: **XXXXXXXX**

unserer Untersuchung besonderes Augenmerk auf die Relation von Institutionen und Protesthandelnden legen und auf die Appropriation der ersteren durch letztere fokussieren.

Vorbemerkungen zur holistischen Diskursanalyse: Präfigurative Politik und (Radikal-)Demokratische Institution

Bevor wir nun zur eigentlichen Diskursanalyse übergehen, ist in einem kurzen Zwischenschritt noch eine begriffliche Grundlage vorzuschicken. Da wir gesagt hatten, die Diskursanalyse postfundamentalistischer Prägung umfasse sowohl die sprachliche Ebene der geäußerten Forderungen, als auch die Performativität der Körper und die Materialität des Protestortes, wollen wir hinsichtlich der letzten beiden Kategorien einen konkretisierenden theoretischen Unterbau bereitstellen. Um die Artikulation qua performativer Praxis in den Blick zu bekommen, werden wir daher kurz den Begriff der politischen Präfiguration diskutieren, und auf die performativen wie materiellen Aspekte dieser Art des Protestes eingehen.

Wenn die Diskursanalyse dazu neigt, performative Elemente in der Analyse außen vor zu lassen, dann könnte das unter anderem forschungspragmatisch daran liegen, dass einer Performance eine Vergänglichkeit eigen ist, die nur mittels Foto- oder Videodokumentation überwunden werden kann, die jedoch ihrerseits nicht neutral ist und selbst Bedeutung an die Performance anfügt oder kaschiert⁵. Als Alternative bietet sich daneben bloß die persönliche Anwesenheit und Zeugenschaft des*der Forscher*in an, die nicht immer einfach zu bewerkstelligen ist und ihrerseits Fragen der Positionalität mit sich bringt⁶. Nichtsdestotrotz stellt uns die Politische Theorie einen Begriff bereit, den an empirische Untersuchung anzulegen sich lohnt, da er Auskunft über eine spezielle Form der praktischen Artikulation erlaubt und sie von gewöhnlichen Demonstrationen oder Kundgebungen unterscheidbar macht: die Rede ist von der politischen Präfiguration. Um unsere Untersuchung der präfigurativen politischen Praxis einer Protestinitiative bestmöglich an die Gramscianische Hegemonietheorie andocken und in die darauf aufbauende Diskursanalyse einpflegen zu können, konsultieren wir Paul Sörensen, der unter politischer Präfiguration

eine aktivistische Praxis [versteht], die im Jetzt intentional soziale Beziehungsweisen, Organisationsformen und Institutionen einer angestrebten künftigen – anderen und mithin besseren – Gesellschaft modellhaft im Kleinen etabliert und sich davon weitere transformatorische Impulse erhofft. Die

⁵ Hier wären ein, zwei Quellen gut.

⁶ Im Fall dieser Untersuchung ist die Anwesenheit des Forschers – von mir – bei Aktionen durchwegs gegeben, allerdings nicht nur beobachtend, sondern zumeist in koordinierender Funktion. Da die Frage nach der Positionalität des*der Forscher*in einen zentralen Aspekt der postfundamentalistischen Forschungspraxis ausmacht, werde ich im Abschnitt des Fallbeispiels noch kurz darauf eingehen.

transformatorischen Impulse sollen sich dabei mittels eines politischen Bildgebungsverfahrens im zweifachen Sinn entfalten: als sichtbar machende Abbildung einer alternativen Ordnung sowie als vorbereitende Herausbildung alternativer Subjektivitäten. (Sörensen 2023, 141)

Es handelt sich bei politischer Präfiguration also um eine konkret verortete Praxis, die in eine gegebene hegemoniale Konstellation interveniert, in der Absicht diese durch ihre eigene Vorbildfunktion zu verändern. In hegemonietheoretischer Terminologie könnte man von einer „allmähliche[n] gegenhegemoniale[n] Gewöhnung“ (Sörensen 2023, 25) sprechen. Im Einklang mit dem oben skizzierten postfundamentalistischen Forschungsprogramm legen derartige Ansätze ihr Augenmerk auf Praktiken zur „[...] Veränderung des vermeintlich un- oder vorpolitischen Alltags als unabdingbaren Bestandteil einer nachhaltigen und tiefgreifenden Transformation.“ (Sörensen 2023, 28–29) Die Beschreibung von präfigurativer Praxis als Bildgebungsverfahren ist dabei insofern für unsere Analyse relevant, als sie erlaubt zu erkennen, wie mit präfigurativen Darstellungen im aktivistischen Repertoire versucht wird die Vorstellungskraft aller Beiwohner*innen und Betrachter*innen des erzeugten Bildes mit performativen Mitteln zu aktivieren. Hegemonie, so wollen wir festhalten, umfasst nicht nur die Bekämpfung von bestehenden gegenhegemonialen Projekten, sondern auch die Verunmöglichung der bloßen Vorstellung von Alternativen zum Status Quo als Zukunftsentwürfen. Unter einer *imaginatorischen Hegemonie* wollen wir also nicht nur positive kulturelle Aspekte der Machtausübung einbeziehen, sondern auch auf die in der Zivilgesellschaft vorhandene Vorstellungskraft abzielen. Der Begriff der Präfiguration erlaubt uns die Protestperformance und die Akteur*innen, die sie durchführen als „Brückenkopf“ (ebd., 23) zwischen den im Heute artikulierten Forderungen und der im Morgen verschobenen Hegemonie in den Blick zu nehmen. Zusätzlich gerät durch die Betrachtung präfigurativer Praxis als Bildgebungsverfahren die „[...] die Bedeutung der Gestalt, Beschaffenheit und Bauweise des Brückenkopfes selbst [...]“ (Sörensen 2023, 23–24) in den Fokus – also deren Materialität. Dabei wollen wir hinsichtlich des Präfigurationsbegriffs ebenfalls mit Sörensen noch eine Konkretisierung vornehmen, welche die Spezifik *urbaner* Präfiguration beschreibt. Diese

[...] ist und kann [...] kein Prozess unter Laborbedingungen im eigentlichen, d.h. geschützten und »reinen« Sinne sein, sondern ereignet sich »im Handgemenge«. Es geht also durchaus darum, Hegemonie aufzubauen, wenn auch zunächst nur auf Ebene der Stadt. [...] Begreift man den Staat mit etwas anspruchsvolleren Annahmen à la Poulantzas als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen, d.h. als intern keineswegs homogen, sondern umkämpft, und ergänzt diese horizontale Perspektive um eine vertikale, auch die skalaren Ebenen und Frakturen des Staates

miteinbeziehende Perspektive, so können und sollten gerade auch die kommunalen Institutionen als Ansatzpunkte transformatorischer Prozesse und als Orte für deren Verstetigung in den Blick rücken. (Sörensen 2018, 40)⁷

Im Zuge unserer Analyse werden wir also das uns gegebene Bild – in Form eines fotografischen Abbildes – versuchen einzubinden und hinsichtlich der Differenz zwischen dem präfigurierten Zustand im Moment der Protestaktion und dem bestehenden Status Quo zu reflektieren, einer Differenz, die als vor-abgebildete Hegemonieverschiebung im Zuge des Protests urban situiert erfahrbar wird.

Fallbeispiel „Platz Für Wien“

Diskursanalyse nach Essex School/ Oliver Marchart⁸

Nachdem wir nun die begrifflichen Grundlagen unserer Forschungspraxis geklärt haben, gehen wir dazu über die Bürger*innen- Initiative „Platz für Wien“ (PFW) genauer zu betrachten. Die konstitutive Versammlung dessen, was später PFW wurde, fand am 23. November 2019 unter dem Titel „Radentscheid Wien“ statt. Die Gründungsidee war die in Deutschland seit 2015 durchaus erfolgreiche Radentscheidsbewegung nach Wien zu übertragen, doch bereits bei der ersten Versammlung war unter den Anwesenden das Bedürfnis stark geworden, auf die mittlerweile virulent gewordene Klimabewegung zu reagieren und ein breites Bündnis zwischen Mobilitätsthemen und Klimathemen zu schmieden. Im Zeitraum zwischen der konstitutiven Versammlung und dem Gang an die Öffentlichkeit am 30. April 2020 wurden daher 18 Forderungen erarbeitet, die zu einer „klimagerechten, verkehrssicheren Stadt mit

⁷ Sörensen ist mit seiner Präfigurationstheorie damit direkt auf einer Linie mit der Gründungsfigur des Theorie des Rechts auf Stadt, Henri Lefebvre, der festhielt: „Die einzige Möglichkeit, die Funktionsweise des zentralisierten Staates so zu verändern, dass eine gewisse Vielfalt entsteht (oder wieder entsteht), liegt darin, dass »lokale Kräfte« die zentrale Macht herausfordern; sie liegt in der Handlungskompetenz kommunaler oder regionaler Kräfte, die direkt mit einem umkämpften Territorium verbunden sind.“ (Lefebvre 1991, 382)

⁸ Eine postfundamentalistische Forschungspraxis verlangt nach der Reflexion der eigenen Position gegenüber dem Forschungsgegenstand (vgl. Hagemann, Leinius, und Vey 2019). Entsprechend möchte ich meine Involvierung in die Aktivitäten der Initiative nicht als Forschungstätigkeit deklarieren, im Rahmen welcher ich neutral Buch geführt hätte. Stattdessen ziehe ich für die vorliegende Analyse sozusagen vorgefundenes Material heran, das aus einer Protestpraxis stammt, an der ich selbst aktiv mitgewirkt habe: datierte und detaillierte Demonstrationsanmeldungen, die von PFW veröffentlichten Forderungen, sowie Presseaussendungen und dem entsprechenden Bildmaterial. Aufgrund meiner persönlichen Teilnahme an nahezu allen von PFW durchgeführten Aktionen, sowie meiner Position als Einwohner, Nutzer und damit intimer Vertrauter vieler der Orte, an denen diese Aktionen durchgeführt wurden, erlaube ich mir außerdem, insbesondere die Praxisbeschreibung in einen etwas breiteren Kontext einzubetten, der alleine aus der Betrachtung des Bildes einer Protestaktion nicht zu erkennen wäre, um so für ein besseres Verständnis bei all jenen zu sorgen, die nicht mit den lokalen Begebenheiten vertraut sind. Insgesamt verfolge ich damit eine Auffassung von Theoriebildung und Wissenschaftlichkeit, die sich orientiert an dem was Marchart et al. in Anschluss an Antonio Gramsci organische Theoriebildung nennen (vgl. Marchart, Adolphs, und Hamm 2010). Damit soll gesagt sein, dass ich von einem engen Zusammenhang zwischen (wissenschaftlicher) Theoriebildung und politischer Praxis ausgehe, in der soziale Bewegungen Anstöße zur Theoriebildung geben können und umgekehrt, die Theoriebildung auf die Protestpraxis einwirkt.

hoher Lebensqualität“ (Platz Für Wien o. J.) führen sollten. Die Forderungen waren nach dem Vorbild des Volksentscheid Fahrrad Berlin genau quantifiziert und in unterschiedliche Forderungsbereiche eingeteilt, die den Radverkehr, das Zu-Fuß-Gehen, Begrünung/Entsiegelung, Tempolimits und die allgemeine Gestaltung des öffentlichen Raums betreffen. Als politische Gegner wurden aufgrund der Tatsache, dass die Umsetzung der Forderungen rein rechtlich Angelegenheit der Stadt bzw. ihrer Bezirke als Verwaltungssubeinheiten oblag, die Stadtregierung sowie die jeweiligen Bezirksvorsteher*innen anvisiert. Dabei wurde die Stadt Wien in der ersten Phase von PFW, von November 2019 bis Oktober 2020 von einer SPÖ-Grünen-Koalition geführt, die sich nach der Landtagswahl im Oktober 2020 auf eine Regierung aus SPÖ und NEOS änderte. Das Amt der Verkehrsstadträtin wechselte damit von GRÜNE auf SPÖ. Die im Rahmen dieser Arbeit durchgeführte Diskursanalyse wird sich auf diesen Zeitraum bis zur Wahl beschränken, da im Vorfeld der Wahl die Hauptaktivität von PFW lag und sich nach der Wahl die Situation verändert hatte, wodurch eine gesonderte Diskursanalyse notwendig wäre, auf die zugunsten einer Analyse der materiellen/infrastrukturellen Aspekte einer Protestaktion verzichtet wird.

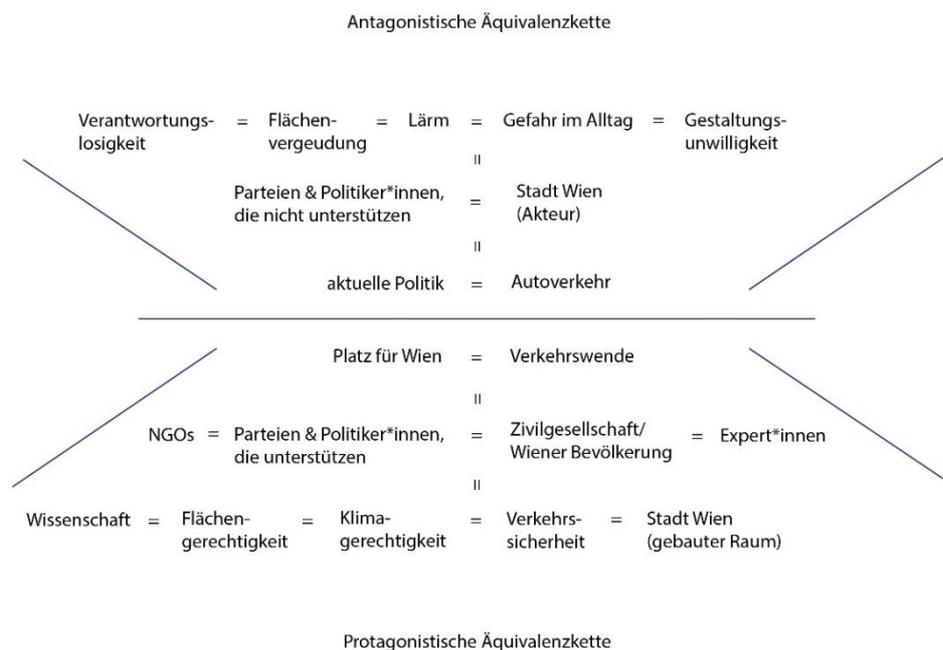
Die politische Strategie von PFW kann als zweigleisig beschrieben werden. So wurde einerseits versucht die politische Verantwortlichkeit der Stadtregierung durch die Durchführung einer Petition nach Wiener Stadtverfassung einzufordern und auf institutionalisierte Weise zu partizipieren, während parallel dazu eine gegenhegemoniale Diskursstrategie verfolgt wurde, die weniger auf Partizipation in-, als auf Überwindung von Strukturen bedacht war, die die adressierten Probleme verursachten. Wir fokussieren auf die gegenhegemoniale Diskursstrategie und eine exemplarische Protestaktion aus dieser Zeit. Als Analysematerial herangezogen wurden also sämtliche PFW Presseaussendungen in der Zeit von 30. April bis 13. Oktober 2020 (also zwei Tage nach der Landtagswahl in Wien) - das entspricht 35 Presseaussendungen.

Methodisch folge ich mit meiner Diskursanalyse einem Vorschlag Oliver Marcharts, der, aufbauend auf einem – von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe skizzierten – „Minimalmodell hegemonialer Diskurslogik“ (Marchart 2013b, 160) der Essex School eine inhaltliche Vertiefung in der Analyse der Diskurslogik vorschlägt. Der Identifikation von Signifikanten des Mangels, Signifikanten der antagonistischen Äquivalenzkette, Signifikanten der protagonistischen Äquivalenzkette und von leeren Signifikanten stellt er die Beschreibung einer Forderungsstruktur, einer Subjektivierungsstruktur und einer Kontraritätsstruktur eines Protestdiskurses bei (vgl. ebd., 159f). Durch die Beschreibung der Forderungsstruktur soll eine genauere Einsicht in die artikulierte Identität der Protestbewegung ermöglicht werden.

Forderungen sind dabei intrinsisch mit verspürten Mangelercheinungen verbunden, deren geteilte Erfahrung und gemeinsam verfolgte Strategie der Überwindung zur Gruppenkohäsion beiträgt. Parallel dazu sind wir angehalten die Subjektivierungsstruktur in den Blick zu nehmen. Hierdurch werden die beiden Adressaten eines Protestdiskurses sichtbar: einerseits das Außen der Protestbewegung, i.e. ihr politischer Gegner, und andererseits ihr Innen, also all jene Subjektpositionen, welche dazu angehalten werden in die protagonistische Äquivalenzkette einzutreten. Schließlich spüren wir mit der Kontraritätsstruktur den „innerdiskursiven Substituten“ (Marchart 2013b, 170) nach, welche zwar als negatives Außen markiert und ausgeschlossen werden, jedoch innerhalb des protagonistischen Diskurses repräsentiert werden müssen, um ihre einende Wirkung entfalten zu können. Hier zeigt sich damit sozusagen die Problemdiagnose einer Bewegung und aus ihr resultieren die vorgeschlagenen Pfade zur Überwindung von Mangelzuständen.

Die folgende Grafik folgte diesem Analyseschema und stellt den Diskurs von PFW im Zeitraum zwischen Gründung und Landtagswahl dar. Das im Diskurs von PFW zentrale Motiv ist jenes der Verkehrswende und die damit verbundene Neugestaltung und Neuverteilung des öffentlichen Raums. Gemeint ist damit eine Absage an den Autoverkehr, oder, Gramscianisch formuliert: das Brechen der automobilen Hegemonie im Alltag und ihre Verdrängung durch nachhaltige Mobilitätsformen. Verhindert wird diese Verkehrswende durch die verharrenden Kräfte in der Politik, welche den Status Quo der Automobilität schützen. Mit der Darstellung versuche ich die von Marchart vorgeschlagenen Vertiefungen möglichst deutlich sichtbar zu machen und stelle deshalb von Innen nach Außen die Ebenen der leeren Signifikanten (innere

Diskursanalyse Platz für Wien
April 2020 bis Oktober 2020



Ebene), der protagonistischen bzw. antagonistischen Akteure (mittlere Ebene) und der im Diskurs mit ihnen verbundenen Werte und Ideologien (äußerste Ebene) dar. Dabei möchte ich zwei relevante Bemerkungen hervorheben: Zum einen fällt auf, dass die antagonistischen Akteure sich ausschließlich auf politische Vertreter*innen beschränken, die zur Zeit des Diskurses ein Amt inne haben und daher eine recht kleine, homogene Gruppe adressiert wird, während sich auf der protagonistischen Akteursebene eine breite Allianz aus Nicht-Regierungs-Organisationen und Bewegungsakteuren, einigen Amtsinhaber*innen, die sich positiv zu den Forderungen von PFW positioniert haben, wissenschaftlichen Expert*innen und schließlich der Zivilgesellschaft und der gesamten Wiener Bevölkerung als von der durch den Autoverkehr evozierten Mangelerfahrung Betroffene befindet. Zum anderen erscheint die Stadt Wien in der Akteursebene der antagonistischen Äquivalenzkette, während sie ebenso in der protagonistischen Kette auftaucht, dort aber in Form eines geteilten Werts und eines gemeinsamen öffentlichen (gebauten) Raums. Ausgehend von den alltäglich-empirischen Problemen und Mangelzuständen im gebauten Terrain entsteht dabei ein Gegenentwurf zur hegemonialen Fassung von Stadt und Stadtplanung, die sich gegen ihren gegenwärtigen Zustand wendet, nicht aber um sie abzuschaffen, sondern um ihre Zielsetzungen zu ändern. Wir erkennen also die eingangs angesprochene Ironie wieder: die Festungen der automobilen Hegemonie erweisen sich als erstreitbar und – wie wir in Kürze sehen werden – zumindest vorübergehend besetzbar durch ihre Gegner*innen. Hinsichtlich der Subjektivierungsstruktur ist anzumerken, dass nicht nur Wienerinnen und Wiener in ihrem alltäglichen Mobilitätsverhalten angerufen wurden, sondern auch explizit die politische Ebene, die nicht per se als antagonistisch deklariert wurde, sondern deren Akteur*innen ebenfalls zur Subjektivierung aufgerufen wurden, wodurch die Möglichkeit entstand, von einer monolithischen Auffassung der Stadt(-regierung) abzulassen. Dies zeigt sich im Diskurs anhand von strategisch-agonistischen Formulierungen wie:

Unsere Forderungen verbessern die Stadt für alle Bürger*innen. Nur Parteien, die unsere Forderungen dezidiert unterstützen und unterzeichnen, zeigen Verantwortung für Wien und sind bei der Klima-Wahl im Herbst wählbar! (PA vom 29.6.2020)

In Zusammenhang mit der agonistischen Frage der Entscheidung für oder gegen die Forderungen von PFW, wurde zudem eine Spaltung beim politischen Gegenüber betont. Durch die abverlangte Positionierung, welche sowohl auf Ebene des Bezirks als auch auf Ebene der Stadt eingefordert wurde, konnten sichtbare Unterschiede zwischen einzelnen politisch Verantwortlichen evoziert und diskursiv bespielt werden. Dadurch wurden die Risse in der monolithischen Erscheinung von Stadt und Partei(en) evident und das politische Feld klar in

Gegner und Verbündete strukturiert, jedoch ohne dabei bloß gegebene Parteistrukturen zu reproduzieren. Dies zeigt sich am deutlichsten anhand folgenden Ausschnitts:

Kurz vor der Wahl ist nun klar: eine Mehrheit der Bezirksvorsteher*innen unterstützt #PlatzFürWien! Allerdings eine knappe Mehrheit: 12 von 23 Bezirken sind für die Verkehrswende. Damit bleibt Wien in zwei Hälften gespalten. Ebenso unentschlossen ist die SPÖ Wien, die sich auf Bezirksebene unterschiedlich geäußert hat und auf Stadtebene sich selbst immer wieder widerspricht. VP und FP sind wie erwartet gegen gerechte Flächenverteilung. Grüne und Neos sind jedoch klar bei uns! (PA vom 9.10.2020)

Begleitet wurde die Spaltungsstrategie durch eine Kartendarstellung, die die Bezirke und ihre Vorsteher*innen in „Unterstützung“ und „Keine Unterstützung“ einteilte und tatsächlich, aufgrund der Verteilung der Unterstützer*innen, das Bild eines geteilten Wiens ergab (PA vom 9.10.2020). Ein letzter Blick auf die obige Darstellung soll die Kontraritätsstruktur des Diskurses erhellen. So erfolgte die Anordnung sämtlicher antagonistischer Elemente derart, dass es als Gegenüber seines angestrebten Ziels der Bewegung innerhalb der protagonistischen Kette erscheint. So ist etwa die vernommene „Gefahr im Alltag“ gegenüber „Verkehrssicherheit“ positioniert, oder die „Gestaltungsunwilligkeit“ der „aktuellen Politik“ gegenüber der „Stadt Wien“ als gebauter Raum dessen – an den Bedürfnissen der Allgemeinheit orientierte – Umgestaltung als Wert an sich erkennbar wird.

Erweiterung um die materielle Ebene präfigurativer Politik

Man könnte sich nun noch länger mit den Details des geführten Protestdiskurses beschäftigen, jedoch erscheint mir eine begleitende Betrachtung der performativen Aspekte der Protestaktionen von PFW als gewinnbringender. Die Initiative führt 14 durchgeführte Aktionen auf ihrer Homepage (vgl. Platz Für Wien o.J.), wovon ich eine, die in unseren Untersuchungszeitraum fällt, stellvertretend herausgreifen möchte.

Die Bürger*innen- Initiative inszenierte sich oftmals als schützend vor den alltäglichen Konsequenzen falscher politischer Entscheidungen. Dieser Schutz erfolgte durch den Einsatz der Körper der Protestierenden in Form einer Menschenkette, sozusagen der protagonistischen Entsprechung des antagonistischen Auto-Staus. Die Menschenkette diente dabei als Mittel der Herstellung von Äquivalenz unter den Protestierenden, die Position im Gegenüber von Autos und „mehr Platz für ...“ bezogen haben, sowie zur „Sicherung“ des Protestortes. Was im Alltag aufgrund der Anwesenheit von Autoverkehr als gefährlich gilt, wird im Moment des gemeinschaftlichen Körpereinsatzes gesichert und transformiert; die Konsequenzen der schlechten politischen Entscheidungen werden einen Moment lang durch „gute“ Entscheidungen ersetzt. Wir betrachten hier die Aktion vom 22.7.2020 „Menschenkette für

sichere Kreuzungen“ an der Universitätsstraße, Ecke Landesgerichtsstraße an der Grenze zwischen dem ersten, achten und neunten Wiener Gemeindebezirk⁹. Im Juli 2020, zum Zeitpunkt der kurzzeitigen Besetzung, war diese Kreuzung ein stark befahrener Verkehrsknotenpunkt mit zwei Straßenbahnlinien, einer Hauptradroute, vier bis sechs Kfz-Spuren pro Straße und Fußgänger*innenströmen auf allen Seiten, unter anderem aufgrund der angrenzenden Universitätsgebäude. Die Versammlung aus rund 80 Personen fand größtenteils an der südwestlichen Ecke der Kreuzung ohne Unterbrechung des Autoverkehrs statt, umfasste jedoch auch eine rund 20-minütige Totalsperre (mit Ausnahme der Straßenbahn, des Rad- und Fußverkehrs), während welcher ein Schriftzug aus Papier auf der Straßenoberfläche aufgebracht wurde, der „KREUZUNGEN SICHER MACHEN!“ forderte. Die dazugehörige Presseaussendung vom 21.7.2020 schildert die Vorgangsweise und Beweggründe für die Aktion folgendermaßen:

Aus der bestehenden, für den Autoverkehr optimierten Kreuzung mit teils sechsspürigen Autofahrbahnen ohne sichere Fahrrad- und Fußgängerinfrastruktur wollten wir eine sogenannte „protected intersection“ machen, also ein international anerkanntes Kreuzungsdesign, [...] Doch die Antwort der Polizei war: diese Kreuzung im Herzen Wiens ist zu gefährlich für Demonstrationen! Daher rufen wir nun zur Menschenkette auf [...] Eine Demonstration für ein sicheres Kreuzungsdesign ist auf einer derart gefährlichen Kreuzung nicht erlaubt. Das tägliche Überqueren dieser Kreuzung unter widrigen Umständen wird allerdings weiterhin erzwungen. [...] Die Ursache für die Gefahr ist bei einer Politik zu suchen, die solche Kreuzungen produziert hat und nach wie vor gutheißt. (PA vom 21.7.2020)

Im Moment des Versuchs der gegenhegemonialen Protestinszenierung zeigt sich also ein genuin materielles Problem: der Autoverkehr als antagonistischer Signifikant innerhalb des Diskurses repräsentiert nicht nur die Verursachen sozialer Mangelersparungen, sondern birgt auch die materielle Gefahr der Einschnürung demokratischer Artikulationsmöglichkeiten, da die gemeinsame Anwesenheit von Autos und Menschen an einem Ort von der Exekutive als zu gefährlich untersagt wird. An dieser Stelle wird die besprochene präfigurative Politik als Bildgebungsverfahren schlagend, da vor diesem Hintergrund der Protest zur Umgestaltung von öffentlichen Raum nicht ohne die präfigurative Vorwegnahme dieser Umgestaltung auskommt, wenn er sich nicht, eher un-transformationistisch, weiterhin an die Straßenränder und an die Hausfassaden drängen lassen möchte. In der selben Presseaussendung wird betont:

⁹ Zum Zeitpunkt der Aktion war bereits klar, dass diese Kreuzung aufgrund des herannahenden U-Bahn-Ausbaus umgebaut werden würde, was als strategischer Vorteil zur Besetzung betrachtet wurde. So veröffentlichten PFW im Zuge der Visualisierung ihrer Forderungen ein Vorher-Nachher-Rendering exakt dieser Kreuzung, welches der negativistischen Besetzung ein positives Umgestaltungsziel beiseite stellte. Am einfachsten auffindbar ist dieses Rendering per Twitter-Link: <https://twitter.com/platzfuerwien/status/1350789412016320512>

Wir wollen Veränderung zum Positiven. Und *wir wollen zeigen, wie es aussehen kann*, wenn Menschen sicher Kreuzungen queren können. [...] Als symbolische Geste durch eine Menschenkette mitten durch die Gefahrenzone [...]. [...] So positiv, freundlich und lebenswert kann Verkehrswende! Für kurze Zeit wurde eine unübersichtliche, menschenunfreundliche Innenstadtkreuzung von Platz für Wien Aktivist*innen umgestaltet und komplett gesichert. (PA vom 21.7.2020)



Im Zuge der Protestaktion manifestiert sich als ein imaginiertes Zustand nach dem Autoverkehr, eine Versammlung, die eine temporäre Leerstelle herstellt, welche wiederum versammeln, oder anders gesagt, welche „soziale Promiskuität“ (vgl. Marchart 2020) ermöglichen soll. Hierzu muss wahrscheinlich erwähnt werden, dass Präfiguration gerade nicht Exzeption meint. Das Projekt der Präfiguration besteht in der Vorwegnahme der Zukunft im Jetzt (vgl. Sörensen 2023) – was zumindest latent einen dauerhaften Anspruch beinhaltet. Mit PFW gewinnt der Begriff *urbaner Präfiguration* einen Guerilla-Aspekt, da hier präfiguratives Handeln strategisch nur in kurzen Zeiträumen eingesetzt wird, dabei jedoch nicht in der Herbeiführung eines unwiederbringlichen Bruchs aufgeht, sondern eher auf die Produktion von Bildern einer konkreten möglichen Zukunft und deren Festhalten und langlebiger Zirkulation bedacht ist.¹⁰ Um die Ironie am ironischen Materialismus noch zu steigern, erklären wir nun also, dass die tatsächliche Übernahme einer feindlichen Festung noch nicht einmal vollständig oder dauerhaft

¹⁰ Gleichzeitig waren die Aktionen zwar nicht von langer Dauer, jedoch erfolgten sie in einer Frequenz, die Wahrnehmungskontinuität versprach.

gelingen muss. Aus einer poststrukturalistischen Perspektive lässt sich behaupten, dass bereits eine temporäre Besetzung unter performativer, vor-formgebender Darbietung dessen, was sich durch die Übernahme, die tatsächlich-dauerhafte Neuformgebung, ändern würde, reale Effekte nach sich ziehen kann – unter diesen Effekten: die Hegemonieverschiebung selbst. Die Effekte dieser präfigurativen Aktion sind dabei klarerweise umso stärker, wenn ihr eher ephemerer Charakter durch ausreichende Dokumentation ein Stück weit materialisiert und so im Diskurs wiederkehrend einsetzbar wird – anstatt sich auf die einmalige Zeugenschaft all jener zu verlassen, die ihr zufällig oder absichtlich beiwohnten. Während sich die Anwesenden in Vor-Bildung des Lebens der post-transformatorischen Ordnung üben können, erlaubt das dadurch ermöglichte Vor-Abbild die Übersetzung der performativen Praxis und der materiell-infrastrukturellen Umnutzung in Diskurs im engeren, zeichenhaften Sinn und damit die Verschränkung von Diskurs und Praxis, von Sprache und Materie.

Fazit: Diskurs verorten

Wenn wir uns, wie eingangs behauptet, auf *shaky* oder *shifting ground* bewegen, so können wir nicht umhin zu bemerken, dass „[...] every view is a view from somewhere and every act of speaking is speaking from somewhere.“ (Abu-Lughod 2014, 388) Das Terrain des sozialen ist kein *level playing field*, sondern eine schiefe Ebene, auf der Positionalität Bedeutung entfaltet. Nicht unwesentlich ist dabei auch der Untergrund der jeweiligen Position: ob weich oder hart, sandig oder steinig, gewiss oder prekär, verheißen oder erkämpft. Diese Arbeit stellt einen Versuch dar durch den Blick auf die die Artikulationen eines Bewegungsakteurs in Relation zu dessen materieller Umgebung die postfundamentalistische Diskursanalyse um die nicht-sprachliche Bildgebung der Aktivist*innen im Moment der Artikulation qua Protestinzenierung bzw. präfigurativer Aktion zu erweitern – genauer: sie miteinander zu verschränken – da diese Verschränkung im Angesicht der Verflüssigung des Grundes durch die Klimakrise unerlässlich erscheint, um die durch sie hervorgebrachten Protestakteur*innen verstehen zu können. So würde wohl niemand behaupten, dass den Äußerungen der „Letzten Generation“ das selbe Gewicht beigemessen würde, hätten die Aktivist*innen sich nicht zuvor mit einem Kunstgegenstand oder der Straßenoberfläche verklebt und damit ein materiell-diskursives Gefüge aus einem vermeintlich statischen Gegenstand oder Untergrund und dem Körper einer*s Bewegungsakteur*in geschaffen. Aus demokratietheoretischer Sicht erwächst hierdurch die Einsicht, den öffentlichen Raum in seiner gebauten, befestigten Form stärker als Institution des Politischen (vgl. Herrmann und Flatscher 2020) in den Blick zu nehmen, die nicht etwa prä-diskursiv gegeben, sondern im Zuge hegemonialer Befestigungsanstrengungen

erbaut wurde und nunmehr immer stärker umkämpft wird. Erst die analytische Verschränkung von Diskurs und Untergrund/Materie erlaubt uns die gegenhegemoniale Übernahme feindlicher Befestigungsanlagen präzise nachzuvollziehen und den Grund, auf dem jede Herrschaft fußt, so zu destabilisieren wie jenen, von dem aus Klimaproteste emergieren.

Quellenangaben:

- Abu-Lughod, Lila. 2014. „Writing Against Culture“. In *Anthropology in Theory: Issues in Epistemology*, hrsg. Henrietta L. Moore und Todd Sanders. Chichester: Wiley Blackwell, 386–99.
- Butler, Judith. 1993. *Bodies That Matter: On the Discursive Limits of „Sex“*. New York: Routledge.
- . 1994. „Contingent Foundations: Feminism and the Question of ‚Postmodernism‘“. In *The Postmodern Turn: New Perspectives on Social Theory*, hrsg. Steven Seidman. Cambridge: Cambridge University Press, 153–70.
- . 2018. *Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung*. Berlin: Suhrkamp.
- Foucault, Michel. 2020. *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung: Vorlesung am Collège de France 1977-1978*. 7. Auflage. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Glasze, Georg, und Annika Mattissek. 2021. „Diskursforschung in der Humangeografie: Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierungen“. In *Handbuch Diskurs und Raum: Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*, Sozial- und Kulturgeographie, hrsg. Georg Glasze und Annika Mattissek. Bielefeld: Transcript, 13–62.
- Gramsci, Antonio. 1991. *Gefängnishefte: kritische Gesamtausgabe*. Hamburg: Argument.
- Hagemann, Ingmar, Johanna Leinius, und Judith Vey. 2019. „Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen: Grundzüge einer Forschungsperspektive“. In *Handbuch Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen: Ansätze, Methoden und Forschungspraxis*, Edition Politik, hrsg. Judith Vey, Johanna Leinius, und Ingmar Hagemann. Bielefeld: transcript, 17–37.
- Herrmann, Steffen, und Matthias Flatscher. 2020. „Institutionen des Politischen. Ein Problemaufriss aus radikaldemokratischer Perspektive“. In *Institutionen des Politischen: Perspektiven der radikalen Demokratietheorie*, hrsg. Steffen Herrmann und Matthias Flatscher. Baden-Baden: Nomos, 7–26.
- Laclau, Ernesto, und Chantal Mouffe. 1990. „Post-Marxism without Apologies“. In *New Reflections on the Revolution of Our Time*, Phronesis, London/New York: Verso, 97–134.
- . 2014. *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics*. Second edition. London: Verso.
- Landau, Friederike, Lucas Pohl, und Nikolai Roskamm. 2021. „Introduction“. In *(Un)Grounding: Post-Foundational Geographies*, Social and cultural geography, hrsg. Friederike Landau, Lucas Pohl, und Nikolai Roskamm. Bielefeld: transcript, 9–42.
- Lefebvre, Henri. 1991. *The Production of Space*. 1. publ., 25. [repr.]. Oxford & Cambridge: Blackwell.

- Lefort, Claude. 1990. „Die Frage der Demokratie“. In *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 281–97.
- Marchart, Oliver. 2008. *Hegemonie im Kunstfeld: Die documenta-Ausstellungen dX, D11, d12 und die Politik der Biennialisierung*. Köln: Walther König.
- . 2010. *Die politische Differenz: Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin: Suhrkamp.
- . 2013a. *Das unmögliche Objekt: eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft*. Orig.-Ausg., 1. Aufl.. Berlin: Suhrkamp.
- . 2013b. *Die Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung*. Bielefeld: transcript.
- . 2020. „Apologie des Etatismus. Vorschläge zur Behebung des institutionentheoretischen Defizits radikaler Demokratietheorie“. In *Institutionen des Politischen: Perspektiven der radikalen Demokratietheorie*, hrsg. Steffen Herrmann und Matthias Flatscher. Baden-Baden: Nomos, 169–202.
- Martell, Conrad Lluís. 2019. „Die Proteste der spanischen Indignados ... und ihre Analyse mittels einer erweiterten Hegemonietheorie“. In *Handbuch Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen: Ansätze, Methoden und Forschungspraxis*, Edition Politik, hrsg. Judith Vey, Johanna Leinius, und Ingmar Hagemann. Bielefeld: transcript, 88–103.
- Norval, Aletta J. 2005. „Theorising Hegemony: Between Deconstruction and Psychoanalysis“. In *Radical Democracy: Politics Between Abundance and Lack, Reappraising the political*, hrsg. Lars Tønder und Thomassen, Lasse. Manchester: Manchester UP, 86–102.
- Platz Für Wien. „Platz Für Wien Homepage“. *Platz für Wien*. <https://platzfuer.wien/> (8. September 2023).
- Robnik, Drehli. 2022. *Ansichten und Absichten: Texte über populäres Kino und Politik*. Wien: Synema.
- Roskamm, Nikolai. 2017. *Die unbesetzte Stadt: Postfundamentalistisches Denken und das urbanistische Feld*. Gütersloh: Bauverlag.
- . 2021. „On Shaky Ground: Thinking Lefebvre“. In *(Un)Grounding: Post-Foundational Geographies, Social and cultural geography*, hrsg. Friederike Landau, Lucas Pohl, und Nikolai Roskamm. Bielefeld: transcript, 81–98.
- Sörensen, Paul. 2018. „Transformation findet Stadt: präfigurativ urban rebellieren“. *engagée* (6/7): 38–41.
- . 2023. *Präfigurative Politik: Eine Einführung*. Wien/Berlin: mandelbaum.
- Steets, Silke. 2015. *Der sinnhafte Aufbau der gebauten Welt: eine Architektursoziologie*. Erste Auflage, Originalausgabe. Berlin: Suhrkamp.

Wiertz, Thilo. 2021. „Materialität“. In *Handbuch Diskurs und Raum: Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*, Sozial- und Kulturgeographie, hrsg. Georg Glasze und Annika Matissek. Bielefeld: Transcript, 291–307.

Zafra, Mariano. 2023. „The Floor Is Lava“. *Reuters*.
<https://www.reuters.com/graphics/CLIMATE-CHANGE/URBAN-HEAT/zgpormdkev/> (2. August 2023).